



## **Protokoll des RuTi-Plenums vom 11.03.2023, neues Rathaus, 16:00-18:00 Uhr**

### **anwesend:**

Monika Neveling, Bündnis 90/ Grüne Rat

Dang Chau Lam, Vietnam Zentrum e.V.

Markus Breckmann, Kath. Kirche Hannover

Sabrina Kahmann, Sprecherin Internationales/ CDU Fraktion

Durdane Erseker, Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Anja Sufin LHH, 18.63.11 SGM

Annika Gießler, Janusz Korczak humanitäre Flüchtlingshilfe

Lea Schönberger, Caritasverband Hannover e.V.

Johannes Schwietering, Medinetz Hannover

Dr. Claudia Cerbe- Farajian, DRK Region Hannover

Lipi Mahjabin Ahmed, Ilk e.V.

Dieter Räger, DGB-Bezirk Hannover

Sigmar Walbrecht, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Entschuldigt: Peyman Javaher-Haghighi (Kargah e.V.), Ingrid Lange

Protokoll: Marie Achelpöhler

## **1. Begrüßung**

- Dieter Räger begrüßt die Anwesenden, die sich im Anschluss kurz vorstellen.

## **2. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**

- Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig mit einer Enthaltung angenommen.

## **3. Antisemitismus in Hannover: Wie stellt sich die aktuelle Situation in Hannover dar?**

### **Welche Maßnahmen wären sinnvoll im Kampf gegen Antisemitismus? Als**

### **Sprecherin eingeladen: Rebecca Seidler, Liberale Jüdische Gemeinde Hannover**

- Begrüßung und Vorstellung von Rebecca Seidler
- Frau Seidler eröffnet zunächst einen nationalen Blick auf die Herausforderungen für jüdische Menschen in Deutschland. Sie betont die historische Kontinuität von Antisemitismus. Gleichzeitig macht die Referentin darauf aufmerksam, dass jüdische Menschen mit einem Anteil von 0,001% an der Gesamtbevölkerung eine Minderheit in Deutschland darstellen. Weiter berichtet sie, wie jüdische Menschen aus Angst vor antisemitischen Übergriffen ihr Jüdischsein bewusst verschweigen. Viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde seien aufgrund ihrer Migrationsgeschichte doppelt von Diskriminierungserfahrungen betroffen. Frau Seidler stützt ihre Beobachtungen unter anderem auf die Fälle, die der Meldestelle für antisemitische Vorfälle "RIAS" gemeldet werden.
- Frau Seidler beschreibt, wie die liberale jüdische Gemeinschaft zutiefst schockiert und traumatisiert ist von den brutalen Methoden der Hamas während des Angriffs am 07. Oktober. Sie beschreibt, wie sich die Bedrohungslage für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nach dem 07. Oktober verschärft hat. Angriffe auf jüdische Menschen in den sozialen Medien, an Schulen und Universitäten hätten deutlich zugenommen und zu einem Rückzug aus dem öffentlichen Raum geführt, was wiederum dazu führe, dass Antisemitismus noch weniger sichtbar sei als vor dem 07. Oktober. Frau Seidler betont, dass es sich bei den Übergriffen um blanken Judenhass handele und sieht es als problematisch an, dass sich dieser Hass teilweise hinter der Kritik am Vorgehen des Staates Israel oder der Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung verstecke.

- Frau Seidler berichtet beispielhaft von einer Schülerin, die nach antisemitischen Übergriffen ihrer Mitschüler\*innen vom pädagogischen Personal zu ihrem eigenen Schutz nach Hause geschickt wird. Dieses Vorgehen wird von Frau Seidler stark kritisiert, da es suggeriere "es geschafft zu haben" und die jüdische Person ausgegrenzt wird. An dieser Stelle weist die Referentin auf den hohen Bedarf an Schutzräumen für jüdische Menschen hin und berichtet über den großen Zulauf zu den Schutzräumen der jüdischen Gemeinde.
- Mit dem 07. Oktober sei der Staat Israel als Lebensversicherung für jüdische Menschen weggebrochen. Umso besorgter sei die jüdische Gemeinschaft über den Rechtsruck.
- Frau Seidler betont, dass Antisemitismus keine Meinung sei, sondern jede antisemitische Äußerung ein Angriff auf die Demokratie. Der Rechtsstaat müsse sich klar positionieren, z.B. antisemitische Übergriffe in der Rechtsprechung klar als solche benennen und öffentlich Stellung beziehen.
- Im Anschluss an den Beitrag von Frau Seidler ist Raum für Fragen und Austausch.
- Es findet Austausch über die Definition von Antisemitismus statt.
- Auch die Frage, wie die jüdische Gemeinschaft den Rechtsruck wahrnimmt, wird angesprochen. Rebecca Seidler bezieht klar Stellung und betont, dass die jüdische Gemeinschaft eine Erklärung verfasst hat, in der sie eine Zusammenarbeit mit der AfD aufgrund ihrer rassistischen und antisemitischen Haltungen ausschließt.
- Aus dem Kreis der Teilnehmenden wird der Wunsch nach mehr zivilgesellschaftlichem Engagement geäußert. Deutschland solle sich deutlicher gegen Antisemitismus positionieren. Als Beispiel wird das Engagement der "Omas gegen rechts" genannt, die regelmäßig freitags eine Mahnwache vor der Synagoge in der Fuhsestraße abhalten.
- Es wird Besorgnis über die von Frau Seidler geschilderten Angriffe auf jüdische Jugendliche an einer Schule geäußert und die Frage aufgeworfen, was getan werden kann, damit Schulen gezielt Schutzkonzepte gegen antisemitische Übergriffe etablieren.
- Auf Nachfrage teilt Frau Seidler mit, dass sich Vereine bei antisemitischen Vorfällen an die Beratungsstelle der OFEK wenden können.

- Konkret wird besprochen, dass der Runde Tisch den Wunsch nach einer stärkeren Positionierung gegen Antisemitismus in die einzelnen Organisationen trägt und den Diskurs weiter vorantreibt. Darüber hinaus wird vereinbart, sich im Rahmen des Bündnisses „Bunt statt Braun“ einzubringen.
- Abschließend wird die Frage nach dem Umgang mit Religion in der Gesellschaft aufgeworfen. Die Diskussion wird vertagt.

#### **4. Austausch: Was können wir als Runder Tisch gegen rechts tun?**

- Das Bündnis Bunt statt Braun, die Woche gegen Rassismus oder die Arbeitsgruppe des DGB zur Entwicklung von Materialien gegen rechts werden als bereits bestehende Ressourcen genannt, an die angeknüpft werden könnte.
- Eine weitere Idee ist die Entwicklung von Konzepten gegen rechte Hetze im Internet, Social Media Kampagnen etc.
- Die Demonstrationen gegen rechts zeigen, dass mehr Menschen bereit sind, sich zu positionieren, als bisher sichtbar gewesen ist. Was bedeutet diese Erkenntnis für den weiteren Prozess? Je mehr Menschen sich beteiligen, desto breiter wird die Protestbewegung. Wie kann mit Unterschieden umgegangen werden? Wie kann man tolerant miteinander umgehen und sich vernetzen?
- Wie kann mehr Aufmerksamkeit erzeugt und das Spektrum der Ansprache erweitert werden?
- Können z.B. bestehende Feste genutzt werden, um Solidarität im Sinne der Demokratie zu stärken? Beispiel: Fest der Vielfalt
- Für das nächste Treffen wird vereinbart, die einzelnen Ansätze der vertretenen Organisationen vorzustellen und zu diskutieren.

#### **5. Berichte aus den AGs**

- Es sind keine Berichte aus den AGs vorhanden.

#### **6. Berichte aus den Fraktionen**

- Es sind keine Berichte aus den Fraktionen vorhanden.

## **7. Verschiedenes**

- Bettina Doering von der LHH gibt bekannt, dass die Arbeitsgruppe "Partizipation in Unterkünften" umbenannt wurde in "Partizipation bei der Entwicklung, Entstehung und Evaluierung von städtischen Unterkünften". Ziel der Arbeitsgruppe ist es, bis zum Sommer ein Konzept zu entwickeln. Es wird vereinbart, das Protokoll der AG-Sitzung an den Runden Tisch weiterzuleiten und über die Ergebnisse zu berichten.
- Johannes Schwietering von Medinetz Hannover weist auf die Vergabe von Behandlungsscheinen an Menschen ohne Krankenversicherung über eine Clearingstelle in Hannover hin. Die Clearingstelle ist ein Kooperationsprojekt des Diakonischen Werkes und des Caritasverbandes und wird von der Region Hannover und dem Land Niedersachsen gefördert. Nähere Informationen zum Projekt sind auf der Internetseite des Medinetz Hannover zu finden.
- Dieter Räger bittet die Anwesenden, sich für die nächste Plenarsitzung im Voraus anzumelden.

**Nächster Termin: 10.Juni 2024**